

Anatomie des AKP-Regimes

Joachim Becker

Mit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli und der nachfolgenden Erklärung des Ausnahmezustandes sowie zahlreichen Verhaftungen und Entlassungen sind innere Konfliktlinien des Regimes der Adalet ve Kalkınma Parti (AKP) und autoritäre Tendenzen im Ausland stärker wahrgenommen werden. In den westlichen Ländern sind damit Vorstellungen eines „Modells Türkei“, das eine gemäßigt religiöse Orientierung und Liberalismus mit einander verbände, endgültig zu Grabe getragen worden. Damit hat sich die äußere Wahrnehmung fast um 180 Grad gedreht. Doch der reale Wandel war weniger weitgehend.

Ursprünge

Die AKP ist von einer Generation damals jüngerer Politiker um Recep Tayyip Erdoğan aus der national-religiösen Strömung, die bereits in verschiedenen, nach einander verbotenen (Parlaments-)Parteien aktiv gewesen waren, im Jahr 2001 gegründet worden. Sie kamen vor allem aus der Traditionslinie der Bewegung Milli Görüş, die mit ihrem breiten Netz von Organisationen über viele Jahre das Rückgrat der national-religiösen Strömung darstellte. Mit dem Aufschwung der AKP wurde auch die Gülen Cemaat, ein Art sunnitisch-muslimisches Opus dei, in das politische Projekt integriert. Die Gülen Cemaat war stramm rechts ausgelegt, teilte den gesellschaftspolitischen Konservatismus des Milli Görüş, war allerdings außenpolitisch stärker US-orientiert (vg. Cheviron/Pérouse 2016: 363 ff.). Nach dem Militärputsch von 1980 und dem davon in die Wege geleiteten Rechtsruck der türkischen Politik im Zeichen der sogenannten „türkisch-islamischen Synthese“ hatte die militant-antikommunistische Gülen Cemaat ihre Kader systematisch im Staatsapparat, vor allem dem Sicherheitsapparat, zu platzieren vermocht (vgl. Şık 2011). Die AKP führte in die national-religiöse Strömung einen offeneren Politikstil ein und suchten diese für neue WählerInnenschichten attraktiv zu machen. Die Zeit dafür war günstig. Von Mitte der 1990er Jahre bis 2001 wurde die Türkei von drei Finanzkrisen erschüttert, die Krise von 2001 war unter ihnen die stärkste. Mit ihr ging eine schwere Regierungskrise einher, die Regierungsparteien waren völlig diskreditiert. Bei den Wahlen von 2002 schaffte es keine von ihnen, die Zehnprozenthürde zu überspringen. Nur die AKP und die zentristische, aus dem Kemalismus stammende CHP (Cumhuriyet Halk Partisi) gelang dies. Mit 34,3% der Stimmen erlangte die AKP fast eine Zweidrittelmehrheit der Parlamentssitze.

Zeit der Konsolidierung (2003–2010)

Die AKP-Führung war sich bewusst, dass sie trotz der starken Parlamentsmehrheit in einer potenziell verwundbaren Position war. Sie sah sich mit einer feindseligen Haltung kemalistischer Schlüsselbürokratien, speziell in Militär und Justiz, konfrontiert, die in der Vergangenheit immer wieder gegen islamistische Politiker vorgegangen waren, wenn-

gleich nie mit derselben Härte wie gegen die Linke. Daher suchte die AKP mit ihrer klar kapitalfreundlichen Ausrichtung Bündnisse mit liberalen Kräften, die ihr im Inneren eine breitere Basis und im westlichen Ausland wohlwollende Unterstützung eintragen sollten. Liberal-demokratische Reformen und neo-liberale Politik waren programmatische Grundpfeiler einer solchen Allianz. Außenpolitisch wurde die Politik der Konsolidierung zunächst durch starke Orientierung auf einen EU-Kandidatenstatus und einen Ausgleich mit den Nachbarstaaten flankiert.

Die liberal-demokratischen Reformen waren auf eine Schwächung der feindseligen Bürokratie, speziell des Militärs, gerichtet. Für die Stärkung der AKP im bürokratischen Apparat und die Kaderpolitik leistete die Gülen Cemaat einen wichtigen Beitrag (vgl. Şik 2011: 49 f.) – und konnte auch ihre eigenen Positionen ausbauen. Auch die Beitrittsgespräche mit der EU halfen der AKP in ihren Bemühungen, den Staat zu restrukturieren und den Einfluss des Militärs zu einzuschränken (Chevion/Pérouse 2016: 232, Uzzel 2010: 367). Insgesamt war dies jedoch ein langsamer und von Konflikten begleiteter Prozess. Das Militär, kemalistische sowie ultranationalistische Kräfte und Intellektuelle wurden durch die Welle der sogenannten Ergenekon-Prozesse, in denen ihnen die Bildung von Machtnetzwerken zur Destabilisierung des Staates vorgeworfen wurde, ab 2007 geschwächt. Galt dies zunächst als ein Schlag gegen den „tiefen Staat“, einen Filz von Ultranationalisten, Sicherheitskräften und teils auch organisierter Kriminalität, erwiesen sich die digitalen Beweismittel teils als gefälscht, die Anklagen zweifelhaft. Die Opposition begann, den Verdacht zu äußern, hinter den politisch gefärbten Anklagen stehe ein Geflecht von Anwälten aus dem Umfeld der Gülen-Bewegung (Insel 2015: 123). Die Prozesse veränderten das gesellschaftliche Klima in der Türkei. Erst in diesem Umfeld und in ihrer zweiten Legislaturperiode, als die Beitrittsgespräche bereits weitgehend stecken geblieben waren, gelang es der AKP in einer partiellen Verfassungsreform, Kontrolle über Militär und Justiz zu erlangen. Bei dieser Reform, über die in einem Referendum abgestimmt wurde, verband die AKP geschickt „Maßnahmen im allgemeinen Interesse, im Sinne einer Demokratisierung des Landes“ mit Reformen, „die auf den Machtgewinn der AKP und der Förderung ihrer eigenen Interessen“ (Chevion/Pérouse 2016: 254) gerichtet waren.

Im Hinblick auf die wirtschaftspolitisch relevanten Institutionen und die Wirtschaftspolitik setzte die AKP-Regierung in den ersten Jahren in enger Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) die neo-liberale Politik von Strukturreformen fort, die ihre Vorgängerin unter dem Finanzminister Kemal Derviş bereits eingeleitet hatte (vgl. Ataç 2013). Diese umfasste unter anderem die Stärkung spezifischer „unabhängiger“ Regulierungsbehörden, eine Reform des Bankensektors und eine forcierte Privatisierungspolitik. Die AKP setzte auf die Anziehung von Auslandskapital. Hohe Kapitalzuflüsse alimentierten einen Kreditboom, der die Bauwirtschaft und den Binnenkonsum stimulierte. Damit war sie auch wachstumspolitisch erfolgreich – von 2003 bis 2007 wuchs das BIP um 7,3% jährlich (Boratav 2016: 49, Tab. 2). Hierbei gelang es der AKP, unterschiedliche Kapitalinteressen von den großen Konglomeraten bis hin zu kleineren exportorientierten Firmen, aber auch Bauunternehmen zu bedienen (vgl. Becker 2016a: 107 ff.). Hohes Wachstum zumindest bis zu globalen Krise der Jahre 2008 ff. und wirtschaftliche „Stabilität“, die mit der chronischen Instabilität der 1990er Jahre scharf kontrastierte, waren eine wichtige Legitimitätsressource der AKP.

Die Partei schuf sich aber auch klientelistische Netzwerke. Diese gewannen auch eine starke kommunalpolitische Verankerung – und zwar in doppelter Weise. Einerseits waren

(und sind) von der AKP regierte Kommunen (oder auch in den Metropolen Stadtteile) wichtig für Re-Regulierungen und Auftragsvergaben – speziell der Bauwirtschaft – an meist parteinahe Unternehmer und diese profitierten von Umschichtungen der Kommunalhaushalte, wie Doğan (2016: 176) am Beispiel des Istanbuler Stadtteils Kâğıthane aufzeigt, andererseits wurden Sozialleistungen zunehmend über die Gemeinden und caritative Einrichtungen abgewickelt. Einher ging damit ein Bedeutungsrückgang der beschäftigungsbezogenen Sozialversicherungsarrangements und eine Ausweitung des Zugangs zu sozialen Grunddiensten (vor allem im Gesundheitsbereich) sowie die Stärkung konditionierter Barhilfen bei gleichzeitiger Kommerzialisierung sozialer Dienste. Die AKP setzte mithin in der Sozialpolitik auf eine Mischung neo-liberaler Kommerzialisierung und caritativer Orientierung (vgl. Yüsecan-Özdemir 2012). Dies war die materielle Unterfütterung des gesellschaftlichen konservativen, (national-)religiösen Diskurses der AKP. Diese stand und steht in der Kontinuität des seit den 1980er Jahre en vogue befindlichen Konzeptes der „türkisch-islamischen Synthese“, allerdings in dieser Phase der AKP-Politik mit klarerem Akzent auf dem religiösen Moment. Die stärkere Betonung des religiös-konfessionellen Elements in der nationalen Identität erlaubte der AKP eine größere Flexibilität im Hinblick auf die KurdInnen als dies bei den stärker kemalistisch geprägten Vorgängerregierungen der Fall gewesen war. Auch diese zeitweilige taktische Flexibilität in der sogenannten „kurdischen Frage“ ist als Versuch der Verbreiterung der Machtbasis zu verstehen. Insgesamt war diese erste Phase des AKP-Regimes durch eine relativ breit angelegte Allianzpolitik, den Ausbau klientelistischer Netze und die Konsolidierung von Machtpositionen im Staatsapparat gekennzeichnet. Im politischen und publizistischen Establishment avancierte die AKP damit zum Modell eines „islamischen Liberalismus“, der für die Verbindung von „formaler Demokratie, dem Kapitalismus des freien Marktes und einem (abgemilderten) konservativen Islam“ (Tuğal 2016: 4) steht, für den Nahen Osten.

Zeit der Verhärtung und Konflikte (2010-?)

Die partielle Verfassungsreform von 2010 stellt für die AKP-Politik einen Wendepunkt dar. Denn ab dieser Zeit war die Kontrolle der AKP über den Staatsapparat deutlich gestärkt. Das gab ihr politisch freiere Hand. Gleichzeitig wurden nach der globalen Krise von 2008 ff. die wirtschaftlichen Spielräume für konsensual ausgerichtete Legitimationsstrategien enger. Die globale Krise zeigte die Verwundbarkeit des Modells einer abhängigen Finanzialisierung auf. Kapitalabflüsse und Exporteinbrüche ließen das türkische BIP zwischen Oktober 2008 und September 2009 um 7,9% zurückgehen (Boratav 2016: 46 f.). Da die Türkei als „aufstrebender Markt“ angesehen wurde, erholten sich zwar die Kapitalströme und das Wachstum 2010 und 2011 stark, doch schwächte sich die Wachstumsdynamik – ähnlich wie die Kapitalzuflüsse – ab 2012 ab. Von 2008 bis 2014 war die BIP-Wachstumsrate nur noch 3,8%, also nur gut die Hälfte der Boomjahre 2003–2007 (Boratav 2016: 49, Tab. 2). 2015 zeigte der stark kreditgetriebene Bausektor Erlassungserscheinungen, außenwirtschaftliche Probleme wurden akuter (vgl. Güngen/Akçay 2016: 32 ff.). Unter den so veränderten Bedingungen schärfte die AKP ihr nationalistisch-konfessionalistisches Profil sowohl innen- als auch außenpolitisch. Dies zog innen- wie außenpolitisch zunehmende Konflikte mit sich. Im Hinblick auf die Außenpolitik gilt dies besonders für die Syrien-Politik der AKP (vgl. Türkeş in diesem Heft). Die Erfolge der kurdischen PYD (Partiya Yekîtiya Demokrat) und ihres militärischen Arms in Syrien stellte für die KurdInnen in der

Türkei eine gewisse Ermutigung dar, was Rückwirkungen auf die türkische Innenpolitik hatte. Dies hat zur Verhärtung in der Türkei beigetragen (vgl. Tuğal 2016: 276).

Einhergehend mit der Akzentuierung des nationalistisch-konfessionalistischen Profils, zunächst mit Akzentuierung auf Zweiterem, nahmen bürokratische Gängelung, Repression und Druck zur Anpassung des Alltagsverhaltens an die konservativ-religiösen Normen der AKP zu. Damit stieß sie einerseits einen Teil der bislang mit ihr liierten oder zumindest sympathisierenden Liberalen ab und löste andererseits 2013 eine große Protestwelle, die unter dem Namen Gezi-Proteste bekannt geworden sind und manche Parallelen mit den Protesten in der arabischen Welt im Jahr 2011 aufwies, aus.

Unmittelbarer Anlass der Gezi-Proteste war ein Bauvorhaben der AKP im Gezi-Park, einer der wenigen Grünflächen im Zentrum Istanbuls, das mit seiner Verbindung von Immobiliengeschäft und neo-osmanischer (Pseudo-)Renaissance symbolisch aufgeladen für Wirtschaftsmodell und geschichtspolitische Orientierung der AKP stand. Mit ihrer repressiven Antwort auf die Proteste provozierte die AKP-Regierung deren Ausweitung auf viele Städte im Land. Diese Protestwelle richtete sich allgemeiner gegen die autoritären Tendenzen der AKP-Politik (vgl. Tuğal 2016: 251 ff.). Die Protestbewegung war politisch außerordentlich breit. Sie reichte von Linken und FeministInnen bis hin zu ökologischen und StadtteilaktivistInnen sowie sogar einer kleinen Gruppe anti-kapitalistischer Muslime. Klassenmäßig war der Protest breit gefächert. Populäre Klassen waren stark vertreten, aber auch Angehörige freier Berufe oder ManagerInnen aktivierten sich ungewöhnlich stark (vgl. Yörük/Yüksel 2014). Die AKP zeigte sich durch die Protestwelle mit ihrer Artikulierung offenen Dissenses überrascht und reagierte mit Repression (vgl. Cheviron/Pérouse 2016: 348 f.).

Eine Gruppe, die ansonsten eine besonders starke Widerstandstradition aufweist, zeigte sich allerdings eher vorsichtig: die KurdInnen (Tuğal 2013: 59). Zur Zeit der Proteste hatte nämlich ein „Prozess“, wie er in unbestimmter Weise in der Türkei benannt wurde, mit Gesprächen zwischen ProtagonistInnen des kurdischen Konfliktes ein delikates Stadium erreicht. Dieser sollte nicht gefährdet werden. Obwohl sich die AKP in dieser Phase flexibler gegenüber kurdischen Forderungen zeigte und Schritte in Richtung auf eine politische Lösung unternommen hatte, wurden deren äußerst engen Grenzen für Konzessionen bald sehr deutlich. Denn Forderungen nach einer (lokalen) Autonomie ignorierte sie in der Debatte über eine Verfassungsreform (vgl. Sancar 2016: 42 ff, Cheviron/Pérouse 2016: 352 ff.).

Parallel hierzu nahm der Krieg in Syrien eine Wendung, welche die türkische Regierung bei ihrem starken Engagement zugunsten Gruppen der religiösen (sunnitischen) Rechten nicht antizipiert hatte. Nach dem Rückzug syrischer Regierungstruppen vermochte die mit der in der Türkei verbotenen Partiya Karkerên Kurdistanê (PKK) eng verbundene PYD mit ihren Streitkräften Gebiete in Norden Syriens zu übernehmen und dort autonome Kantone einzurichten (vgl. Schmidinger in diesem Heft). Die Schaffung der autonomen Kantone, aber auch der erfolgreiche kurdische Widerstand in Kobanê gegen den sogenannten Islamischen Staat ermutigten die kurdische Bewegung in der Türkei, was einer der Gründe war, warum das Abwürgen der kurdischen Autonomiebestrebungen in Syrien und eine Ausgrenzung der PYD aus den Friedensverhandlungen zu den Prioritäten der türkischen Syrienpolitik gehören (vgl. Peköz 2016: 174 ff.).

Autoritäre Tendenzen, Gezi-Proteste, die Veröffentlichung von Tonbandmitschnitten, die Regierungsmitglieder in Zusammenhang mit Korruption brachten, führten zu einem Stimmenrückgang der AKP in den Parlamentswahlen im Juni 2015. Mit einem Anteil von

40,8% war die AKP zwar weiterhin die bei weitem stärkste Partei, lag aber deutlich unter den 49,8%, die sie vier Jahre zuvor erhalten hatte. Sie verpasste zudem jene Mehrheit, die für eine Verfassungsänderung erforderlich war, durch die der Präsident Recep Tayyip Erdoğan die von ihm mit großem Nachdruck gewünschte starke exekutive Präsidentschaft hätte einführen können. Die Halkların Demokratik Partisi (HDP) war die erste linke kurdische Partei, welche die 10%-Hürde in einer Allianz mit der radikalen und liberalen Linken zu überspringen vermochte. Ihre Kampagne war auf soziale Themen fokussiert. Sie schnitt gut in den städtischen Metropolen ab und erzielte in den kurdischen Gebieten extrem hohe Resultate. Erstmals gewann sie die meisten Stimmen bei den KurdInnen und drängte die AKP auf den zweiten Platz unter den KurdInnen ab (Küçük 2016: 143).

Mit dem für sie unbefriedigenden Wahlergebnis drängte die AKP auf vorgezogene Neuwahlen. Diesmal setzte sie aggressiv auf die türkisch-nationalistische Karte, innerhalb der „türkisch-islamischen Synthese“ akzentuierte sie jetzt also wieder „türkisch“. Der Friedensprozess mit den KurdInnen wurde nun endgültig abgebrochen. Die AKP-Regierung verlegte massiv Truppen in die kurdischen Regionen in der Südost-Türkei. Die Repression gegen Medien wurde intensiviert, die HDP im Wahlkampf massiv behindert (Cheviron/Pérouse 2016: 397 f.). Unter diesen Umständen gelang es der AKP im November 2015 ihr Ergebnis auf 49,5% zu verbessern. Die HDP verlor zwar Stimmen, kam mit 10,8% aber dennoch ins Parlament. Die CHP blieb stabil, während die ultranationalistische Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) in der nationalistischen Konkurrenz mit der AKP deutlich Federn lassen musste. Von einer verfassungsändernden Mehrheit war die AKP weiterhin ein Stück weit entfernt.

Mit diesem zweiten Wahlgang innerhalb von 6 Monaten fand die Eskalation der Gewalt und Repression jedoch nicht ihr Ende. Angesichts des Vormarsches kurdischer Truppen und der durch Russland unterstützten syrischen Regierungstruppen gegen islamistische Kräfte in Syrien, setzte die türkische Regierung noch mehr Militär in den kurdischen Gebieten ein und verhängte teils lang andauernde Ausgangssperren in den dortigen Städten. Die im Frühherbst 2015 aufgeflamten Konflikte in Städten in den kurdischen Gebieten zwischen von Jugendlichen getragenen Milizen, die durch militärische Kader der PKK unterstützt wurden, und türkischen Sicherheitskräften nahmen an Intensität zu. Der langjährige Türkei-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Rainer Hermann (2015: 8) charakterisierte die Aktionen der Jugendlichen als einen „Aufstand der Chancenlosen“. Die äußerst repressive Reaktion des Regimes entfremdete aber auch einen Teil der kurdischen Mittelschichten von der AKP. Allerdings deutet der Rückgang des HDP-Wahlergebnisses im Südosten der Türkei darauf hin, dass auch nicht alle HDP-SympathisantInnen mit dem Aufstand der Jugendlichen glücklich waren. Die Intensität des Konfliktes lässt sich auch daraus ersehen, dass nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen vom Frühsommer 2016 etwa 600.000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben worden waren (Gaveriaux 2016: 5). Für einen Teil war das bereits die zweite Flucht. Sie waren bereits in den 1990er Jahren im Krieg zwischen türkischen Militär und der PKK aus ihren Dörfern in die Städte vertrieben worden.

Einher gingen der verschärfte Konflikt im Südosten der Türkei und der militärische Terrainverlust der islamistischen Verbündeten der AKP-Regierung in Syrien mit verstärkter Repression in der Türkei. Diese richtete sich im ersten Halbjahr 2016 speziell gegen JournalistInnen und WissenschaftlerInnen. Die Bezüge zu den militärischen Konflikten sind oftmals sehr explizit. Der in der Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommene Prozess gegen Journalisten bezog sich auf die Berichte von Can Dündar und Erdem Gül von

der oppositionellen Tageszeitung *Cumhuriyet* über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an militärische Gruppen in Syrien. Eine von zunächst von mehr als 1000 „WissenschaftlerInnen für den Frieden“ (*Barış İçin Akademisyenler*) unterzeichneten Erklärung, welche die Militäreinsätze in der Südosttürkei kritisierte und eine politische Lösung für die sogenannte Kurdenfrage forderte, provozierte zunächst eine heftige Reaktion des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und dann eine Medienkampagne, disziplinar- und strafrechtliche Maßnahmen (Becker 2016b). Bis zum Juli 2016 wurden 37 von ihnen entlassen, bei weiteren 44 war beim Hochschulrat (*YÖK*) ein Dossier mit der Entlassungsforderung eingelangt. Gegen 516 WissenschaftlerInnen wurden disziplinarrechtliche Ermittlungen, gegen 588 strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. In 40 Fällen kam es zu vorübergehenden Festnahmen, in vier Fällen zu zeitweiliger Inhaftierung. Nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 wurden weitere 44 der UnterzeichnerInnen aus dem Dienst entlassen (*BİA Haber Merkezi* 2016a). Zunehmend im Visier war zudem die HDP. Die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, die von der AKP am 20. Mai 2016 durch das Parlament gepeitscht wurde, zielte vor allem gegen HDP-ParlamentarierInnen. Wie der Co-Vorsitzende der HDP, Selhattin Demirtaş (2016: 1), berichtet, liegen gegen 53 HDP-Abgeordnete insgesamt 417 Anzeigen wegen ihrer öffentlichen Äußerungen vor.

Außenpolitisch flankierte die AKP-Regierung ihre verschärfte Repression faktisch mit dem Flüchtlingsabkommen mit der EU. Im Gegenzug zur Rücknahme von aus der Türkei kommenden Flüchtlingen aus Syrien handelte die türkische Regierung u.a. eine Beschleunigung der EU-Beitrittsverhandlungen und die Aufhebung der Visa-Pflicht für türkische StaatsbürgerInnen aus. Da die Beitrittsverhandlungen seit langem faktisch paralysiert sind und deren ernsthafte Belebung nicht erwartbar ist, ging es hierbei primär um symbolische Absegnung der türkischen Innenpolitik. Tatsächlich hielten sich SpitzenpolitikerInnen aus der EU und den EU-Mitgliedsländern in ihrer Kritik an der Menschenrechtslage nach Abschluss des Abkommens sehr zurück, obgleich eine Verschlechterung speziell der deutsch-türkischen Beziehungen unverkennbar ist.

Schisma im national-religiösen Lager und der Putschversuch

Allmählich traten auch in der Allianz zwischen der Milli-Görüş-Tradition in der AKP und der Gülen Cemaat, die beide über ihnen nahestehende Unternehmerverbände, Mediennetzwerke etc. verfügten, ab etwa 2011 subterrane Spannungen, dann offene Rivalität und Konflikte zu Tage. Hierbei ging und geht es auf jeden Fall um die Frage der Erreichung von Vormachtstellungen, möglicherweise auch um Fragen der Außenpolitik, in der die Gülen Cemaat deutlich stärker US-orientiert ist (vgl. Cheviron/Pérouse 2016: 367). Wie der türkische Publizist Ahmet Şık (2014: 11) betont, ging es keiner der beiden Seiten um gesellschaftliche Demokratisierung, sondern um eine Kontrolle des Staatsapparates. 2013 setzte die Erdoğan-Regierung – im für die Gülen Cemaat lukrativen Bildungsgeschäft – offen erste Schritte gegen die Gülen Cemaat. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Im Dezember 2013, drei Monate vor den Kommunalwahlen, wurden von Justiz- und Polizeikräften, die im Umfeld der Gülen Cemaat verortet werden, mit großem publizistischen Echo Ermittlungen gegen mehrere Minister in Gang gesetzt. Eine der Korruptionsaffären betraf auch einen Sohn Erdoğan's. Damit war der Schlag direkt gegen das Machtzentrum Erdoğan's gerichtet (vgl. Cheviron/Pérouse 2016: 369 ff., Şık 2014: 3. Kap.). Es folgten Reorganisationen und Versetzungen in Polizei und Justiz. Die AKP-Regierung ging zudem zunehmend gegen der Gülen-Cemaat nahestehende Medien vor.

Mit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 erreichte der Konflikt der beiden von Verbündeten zu verbitterten Gegnern mutierten national-religiösen Kräften seinen Höhepunkt. Der Putsch erfolgte außerordentlich dilettantisch und wurde innerhalb einiger Stunden niedergeschlagen. Die Putschisten hatten offenbar keinen ausreichenden Rückhalt im Militär – vor allem in der Militärspitze – und auch keine klare ausländische Unterstützung im Rücken (vgl. Peköz 2016b). Damit fehlten ihm zentrale institutionelle und politische Voraussetzungen. Das gesamte Parteienspektrum verurteilte den Putsch einhellig. Das galt auch für unterschiedliche gesellschaftliche Organisationen. Den Tenor dessen linken Spektrums brachte das Nachrichtenportal Sendika.org auf den Punkt: „Weder Putsch noch Diktatur!“ (Sendika.org 2016). Damit standen breite Kräfte gegen den Putsch – die Erinnerung an den Militärputsch ist noch sehr frisch. Speziell AnhängerInnen der AKP gingen nach einem Aufruf auf die Straße, allerdings war der Widerstand auf den Straßen in den ersten Stunden, wie Ural Köroğlu (2016) beobachtet, „sehr schwach“. Dieser Faktor war für die rasche Niederschlagung des Coups nicht entscheidend.

Die Frage ist, warum unter sehr ungünstigen Voraussetzungen ein in vielfacher Hinsicht dilettantischer Coup ins Werk gesetzt wurde. Eine Erklärung, die beispielsweise vom türkischen Investigativ-Journalisten Ahmet Şık (2016a: 5, Şık 2016b) gegeben wurde, war, dass die Putschisten anstehenden Säuberungen im Militär und Staatsapparat zuvorkommen wollten. „Die Offiziere der Cemaat hatten nicht viel zu verlieren“, lautet die Einschätzung Şıks (2016b). Viele Fragen gibt es auch im Hinblick auf die Reaktion des Staatsapparates. Beispielsweise soll dem Geheimdienst der Putschplan am 15. Juli um 16 Uhr bekannt geworden, der Präsident aber erst um 21.30 Uhr informiert worden sein. Der Geheimdienstchef wurde nicht entlassen. Weiters ist der Putsch gesichtslos. Die genauen Urheber sind namentlich auch nach Wochen noch nicht bekannt (Şık 2016a: 5).

Die Regierung machte sofort die Gülen Cemaat für den Putsch verantwortlich. Es könnten aber auch andere Kräfte in den Putsch mitverwickelt sein (ibid.). Nach dem Putschversuch setzte eine umfassende Verhaftungs- und Entlassungswelle ein, von der Militär, Polizei und Justiz zunächst besonders betroffen waren. Die Entlassungen weiteten sich später auf andere Bereiche – speziell den Bildungsbereich, aber auch viele Ministerien – aus. Die Säuberungen müssen sorgfältig vorbereitet gewesen sein. Die Frankfurter Allgemeine titelte schon nach wenigen Tagen: „Halber Putsch, ganzer Gegenschlag“ (Hermann/Martens 2016: 3). Nach einigen Tagen wurde der Ausnahmezustand erklärt. Dieser stärkt die Stellung des Präsidenten und schränkt viele Grundfreiheiten ein. Von AKP und MHP wurde der Ausnahmezustand ausdrücklich unterstützt. Die CHP zeigte sich zurückhaltend, während die HDP den Ausnahmezustand aus demokratiepolitischen Gründen ablehnte.

Nach der Erklärung des Ausnahmezustandes setzte sich die Repressionswelle – begleitet von einer intensiven Medienkampagne – vornehmlich gegen mutmaßliche AnhängerInnen der Gülen Cemaat fort. Zeitungen und Verlage wurden geschlossen, JournalistInnen inhaftiert. Firmen, deren Inhaber im Dunstkreis der Gülen Cemaat verortet wurden, gerieten unter Druck. Mitte August waren 20.355 Personen in Untersuchungshaft, 83.900 Staatsbedienstete waren bis dahin suspendiert bzw. entlassen worden (BIA Haber Merkezi 2016b). Die umfassenden Säuberungen beeinträchtigen die Handlungskapazität des Staates, dies dürfte speziell für das Militär gelten.

Angesichts des tiefen Schismas im eigenen Lager hat die AKP nach dem Putsch erkennbar den Schulterschluss mit MHP und sogar CHP gesucht. In der „türkisch-islamischen Synthese“ legt sie jetzt den Akzent wieder auf das nationalistische Element (vgl. Peköz

2016c). Symbolisch wird dies dadurch erkennbar, dass Präsident Erdoğan CHP und MHP für ihre Unterstützungserklärungen gegen den Putschversuch ausdrücklich dankte und sie zu einer gemeinsamen Massenkundgebung einlud. Ausgegrenzt wurde hierbei die HDP mit ihrer starken kurdischen Basis, obgleich diese sich ebenfalls eindeutig gegen den Staatsstreich gestellt hatte. Und der Druck auf die HDP nahm weiter zu (vgl. Uğur 2016).

Die Tendenz geht in Richtung auf ein stark präsidentialistisches Rechtsregime mit begrenzter Pluralität, das sich auf konfessionalistisch-nationalistischer Grundlage zu legitimieren sucht. Die Akzente innerhalb der „türkisch-islamischen Synthese“ hat die AKP-Führung entsprechend ihrer Machtkalküle mehrfach verschoben. Die auf breiteren Konsens gerichteten Elemente ihrer Politik haben sich abgeschwächt. Ihre wirtschaftspolitischen Spielräume dürften sich angesichts der nachlassenden Baukonjunktur, der fragilen Außenwirtschaftsbeziehungen und der ungünstigen Struktur der Auslandsschuld eher weiter einengen. Der Akzentuierung der türkisch-nationalistischen Elemente im inneren Diskurs entspricht ein verstärkt nationalistisches Auftreten – zuweilen fast im Stil eines rechten Anti-Imperialismus – nach außen, speziell gegenüber der EU. Die künftige Akzentuierung der Regionalpolitik ist hingegen eine offene Frage.

Das AKP-Regime mag auch künftig durchaus für Rechtsregierungen ein Modell darstellen – allerdings in etwas andere Form als sich das die liberalen Apologeten eines „türkischen Modells“ à la AKP vor einem Jahrzehnt vorgestellt hatten.

Literatur

- Ataç, Ilker (2013) Ökonomische und politische Krisen in der Türkei. Die Neuformierung des peripheren Neoliberalismus. Münster
- Becker, Joachim (2016a) Financialisation, Industry and Dependency in Turkey. In: Journal für Entwicklungspolitik, 32(1–2), 84–113
- Becker, Joachim (2016b) Repressionswelle. In: Die Alternative, März/April, 31–32
- BİA Haber Merkez (2016a) HDP’li Vekil, İmzacı Akamisyenlere Dönük Uygulamaları Meclis’e Taşdı. In: Bianet.org, 16.8. (<http://bianet.org/bianet/print/177822-hdp-li-vekil-imzaczi-akademisyenlere-donuk-uygulamari-meclis-e-tasidi>, abgerufen: 16.8.2016)
- BİA Haber Merkezi (2016b) Başbakan Yıldırım: 40 bin 29 Kişi Gözaltına Alındı, 20 bin 355’i Tutuklandı. In: Bianet.org, 18.8. (<http://bianet.org/print/177903-basbakan-yildirim-40-bin-29-kisi-gozaltina-alindi-20-bin-355-i-tutuklandi>, abgerufen: 18.8.2016)
- Boratav, Korkut (2016) AKP Döneminde Artan Dış Bağlımlılık. In: Göztepe, Özay (Hg.): Stratejik Barabarlık. Orta Doğu’da Türkiye, Türkiye’de Orta Doğu. Ankara, 45–58
- Cheviron, Nicloas/Pérouse, Jean-François (2016) Erdoğan. Nouveau Père de la Turquie? Paris
- Demirtaş, Selhattin (2016) “L’homme qui se prend pour un sultan”. In: Le Monde diplomatique, 63(748), 1, 4–5
- Doğan, Sevinç (2016) Mahalledeki AKP. Parti İşleyişi, Taban Mobilizasyon ve Siyasal Yabancılaşma. İstanbul
- Gaveriaux, Laura-Maï (2016) La salle guerre du président Erdoğan. In: Le Monde diplomatique, 67(748), 4–5
- Güngen, Ali Rıza/Akçay. Ümit (2016) 2007–2009 Krizi Sonrası Dünya Ekonomisinde Gelişmeler ve Türkiye’nin Siyasal-İktisadi Yönetimi. In: Göztepe, Özay (Hg.) Stratejik Barbarlık. Orta Doğu’da Türkiye, Türkiye’de Orta Doğu. Ankara, 17–44
- Hermann, Rainer (2015) Der Aufstand der Chancenlosen. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27.12., 8
- Hermann, Rainer/Martens, Michael (2016) Halber Putsch, ganzer Gegenschlag. In: Frankfurter Allgemeine, 18.8., 3

- Insel, Ahmet (2015) *La nouvelle Turquie d'Erdogan. Du rêve démocratique à la dérive autoritaire.* Paris
- Köroğlu, Ural (2016) Bu darbe daha çok yazı kaldırır (I). In: Sendika.org, 9.8. (<http://sendika10.org/2016/08/bu-darbe-cok-daha-cok-yazi-kaldirir-i-ural-koroglu/>), abgerufen: 10.8.2016)
- Küçük, Bülent (2016) Die Transformation der kurdischen Politik: Möglichkeiten und Paradoxe. In: Ataç, Ilker/Fanizadeh, Michael/VIDC (Hg.): *Türkei. Kontinuitäten, Veränderungen, Tabus.* Wien, 140–151
- Peköz, Mustafa (2016a) Devleteşen AKP'nin Ortadoğu Stratejisinin Çöküşü. In: Göztepe, Özay (Hg.): *Stratejik Barbarlık. Orta Doğu'da Türkiye, Türkiye'de Orta Doğu.* Ankara, 161–185
- Peköz, Mustafa (2016b) Darbe girişimin başarısızlığı ve Türkiye'nin geleceği. In: Sendika.org, 16.7.2016 (<http://sendika10.org/2016/07/darbe-girisiminin-basarsizligi-ve-turkiyenin-gelecegi-dr-mustafa-pekoz/>), abgerufen: 17.7.2016)
- Peköz, Mustafa (2016c) Gülen Cemaati'nin darbe girişiminin iç politikadaki etkileri. In: Sendika.org, 8.8. (<http://sendika10.org/2016/08/gulen-cemaatinin-darbe-girisiminin-ic-politikadaki-etkiler-dr-mustafa-pekoz/>), abgerufen: 9.8.2016)
- Sancar, Mıthat (2016) *Parlamentarismus oder Präsidialsystem – Debatten über eine neue Verfassung in der Türkei.* In: Ataç, Ilker/Fanizadeh, Michael/VIDC (Hg.): *Türkei. Kontinuitäten, Veränderungen, Tabus.* Wien, 35–45
- Sendika.org (2016) *Toplumsal muhalefetten: 15 Temmuz açıklamaları: Ne darbe ne diktatörlük!* In: Sendika.org, 16.7. (<http://sendika10.org/2016/07/toplumsal-muhalefetten-aciklamalari-ne-darbe-ne-diktatorluk/>), abgerufen: 16.7.2016)
- Şık, Ahmet (2011, 4. Aufl.) 000KİTAP. “Dokunan yanar”. Istanbul
- Şık, Ahmet (2014) *Paralel Yürüdük Biz Bu Yollarda. AKP-Cemaat İttifakı Nasıl Dağıldı?* Istanbul
- Sik, Ahmet (2016a) „Stehen an Schwelle zum Bürgerkrieg“. In: *Wiener Zeitung*, 11.8., 5
- Şık, Ahmet (2016b) Ahmet Şık: 15Temmuz Gecesi Ne Olduğu Tam Anlatılmıyor. In: *Bianet.org*, 17.8 (<http://bianet.org/print/177836-ahmet-sik-15-temmuz-gecesi-ne-oldugu-tam-anlatilmiyor>), abgerufen: 17.8.2016)
- Tuğal, Cihan (2013) *Gezi'nin Yükselişi, Liberalizmin Düşüşü. Ortak Alanlar, Katılımcı Demokrasi ve Haziran Günleri.* Istanbul
- Tuğal, Cihan (2016) *The Fall of the Turkish Model. How the Arab Uprisings Brought Down Islamic Liberalism.* London/New York
- Uğur, Mehmet (2016) “Kürt Halkına Dokunma”. In: *Bianet.org*, 17.8. (<http://bianet.org/bianet/print/177863-kurt-halkin-dokunma>), abgerufen 17.8.2016)
- Uzgel, İlhan (2010, 2. Aufl.) *Dış Politikada AKP: Stratejik Konumdan Stratejik Modele.* In: Uzgel, İlhan/Duru, Bülent (Hg.): *AKP Kitabı. Bir Donüşümün Bilançosu.* Ankara: 357–381
- Yörük, Erdem/Yüksel, Murat (2014) *Class and Politics in Turkey's Gezi Protests.* In: *New Left Review*, Nr. 89, 103–123
- Yüzecan-Özedemir, Gamze (2012) *The Social Policy Regime in the AKP Years: The Emperor's New Clothes.* In: Coşar, Simten/Yüsecan-Özedemir, Gamze (Hg.): *Silent Violence. Neoliberalism, Islamist Politics and the AKP Years in Turkey.* Ottawa, 125–152